

CDU/ FDP- Fraktion im Kreistag LK Leipzig

Bericht/ Zusammenfassung der Kreistagssitzung am 17.03.2021

Pressemitteilung

Am Mittwoch, den 17.03.2021 fand in Neukieritzsch die 9. Sitzung des Kreistages im LK Leipzig statt.

Um den Auflagen der Corona- Schutzverordnung gerecht zu werden fand diese in der Parkarena Neukieritzsch statt, wo die Platzierung der Sitzungsteilnehmer in entsprechenden Abständen eingerichtet war.

Für die Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit bat aufgrund der Situation Landrat Henry Graichen um die schriftliche Einreichung von Anfragen. Am Rande der Sitzung stand dazu ein Mitarbeiter der Kreisverwaltung zur Verfügung, um Anfragen entgegen zu nehmen und ggf. zu Papier zu bringen.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landrat Henry Graichen wurden zunächst die Formalitäten abgehandelt. Dabei erhielt die vorliegende aktualisierte Tagesordnung Zustimmung, sodass in die öffentliche Sitzung/ Beratung eingetreten werden konnte.

Im Zuge der Mitteilungen wurde durch den Landrat auf die aktuelle pandemiebedingte Struktur im LRA eingegangen. Insbesondere das Gesundheitsamt hat zur Zeit Unterstützung, teils durch internes Personal, so z.B. Mitarbeiter des Eigenbetriebs Kultur, wie auch durch Angehörige der Bundeswehr.

Personelle krankheitsbedingte/ Corona- bedingte Ausfälle liegen derzeit bei ca. 20%.

Auch in ca. 20 Einrichtungen der Pflege im LKL sind Angehörige der Bundeswehr zur Unterstützung im Einsatz.

Im LKL sind in 21 Kommunen insgesamt 30 Testzentren in Betrieb.

Der Leiter des Eigenbetriebs Kultur, Dr. Anders, hat zum Ende des 3. Quartals sein Ausscheiden aus dem Dienst erklärt. Dem folgend wird demnächst die Nachfolge zu klären sein.

Es gibt wohl Klagen über das mangelhafte Funktionieren des Programms „more rubin“ (Ratsinformationssystem RIS). Dazu wies der Landrat darauf hin, dass dieses Programm einen aktualisierten Browser benötigt.

Die erste Beschlussvorlage (BV) hatte eine Personalie zum Inhalt. Die Leitung des Bauaufsichtsamts war nach dem Ausscheiden des bisherigen Inhabers neu zu besetzen.

In den Vorberatungen der Verwaltung mit dem Ältestenrat und zuständigen Ausschüssen wurde als Empfehlung an den KT Frau Patricia Albrecht als geeignetste Kandidatin unter den Bewerbern ausgewählt und dem KT vorgeschlagen.

Frau Albrecht stellte sich auch dem KT umfassend vor. Sie hat nach einem technischen Studium (FH) ein juristisches Studium mit 1. und 2. Staatsexamen abgeschlossen und mehrjährige Berufserfahrungen als angestellte wie auch selbständige Rechtsanwältin.

Weiterhin war sie als Referentin der GF eines Trägers der sozialen Arbeit in Leipzig tätig, als Referentin einer Berufsakademie für Erwachsenenqualifizierung und kann auf weitere Tätigkeiten und Erfahrungen verweisen, z.B. im öffentlichen Baurecht, im Denkmalschutz, allg. öffentlichen Recht... sowie auf Führungserfahrungen.

Ihr Bestreben sei eine zielorientierte Arbeit auf der gesamten kommunalen Ebene, insbesondere mit den BürgermeisterInnen und Gemeinden im Landkreis.

Der Landrat ergänzte, dass Frau Albrecht bereits ab 01.05.2021 zur Verfügung stünde.

Der Kreistag stimmte dem Vorschlag, Frau Albrecht als Amtsleiterin des Bauordnungsamtes unter Vertrag zu nehmen zu.

Mehreren Beschlüssen zu Jahresabschlüssen, einer Bilanz und der Bestimmung eines Rechnungsprüfers wurde zugestimmt.

Turnusgemäß ging es im Weiteren um die Aktualisierung der Richtwerte für die Kosten Unterkunft (KU) für Leistungsbezieher nach SGB II und XII ab 01.04.2021.

Die in der BV vorgeschlagenen Werte, die sich auch auf den Kreishaushalt auswirken sind nicht nur der Anpassung der KU geschuldet sondern der Gesamtsituation. Die Pandemie bringt da auch Risikosituationen mit sich, jedoch gibt es z. Zt. Diesbezüglich ein relativ stabiles Niveau im LKL.

KR Henry Kunze (CDU) führte dazu aus, dass dies auf der aktuellen Gesetzgebung basiere, es um eine moderate Anhebung gehe und die Steigerung sich aus Neuanträgen ergäbe. Daher sei diese Neufassung korrekt und folgerichtig. Jedoch bleibe die Finanzierungsfrage. Der Haushalt sei angespannt, Chancen und Risiken sind benannt und auch Deckungslücken vorhanden. Es stelle sich die Frage nach Einsparungspotentialen und der Verfügbarkeit von günstigem Wohnraum. Trotz all dem werde die Fraktion CDU/ FDP zustimmen.

Der Kreistag erteilte der Beschlussvorlage mehrheitlich die Zustimmung.

Im nächsten Beschluss ging es um den Betriebsplan Wald- Zustimmung wurde mehrheitlich erteilt. Die AFD enthielt sich zu großen Teil- warum auch immer. Diskussion gab es nicht.

Zwei BV hatten jeweils kommunale Finanzierungsanteile für Ersatzneubau bzw. Kapazitätserweiterung von Einrichtungen, welche der Sozialtherapeutischen Betreuung von erwachsenen chronisch psychisch kranken Erwachsenen als Wohn- und Therapiestätte in Bad Lausick und Colditz dienen.

Ludwig Martin führte dazu aus, dass die Begründung nicht ganz nachvollziehbar sei, weil der Neubau damit begründet werde, dass bei Sanierung des Altbaus „Schwierigkeiten bei der Auslastung“ zu befürchten seien.

Konkret stellte er die Fragen: Wie viele Einrichtungen dieser Art gibt es im LKL? Wie viele Menschen werden darin betreut? Wie haben sich die Zahlen über die Jahre entwickelt? Wie sind die Prognosen? Sind wir im LKL an der „Grenze der Auslastung“?

Ines Lüpfer, II. Beigeordnete erklärte dazu, dass das Projekt Ersatzneubau in Bad Lausick seit 2013 „in der Warteschleife“ sei, schon damals der Ersatzneubau in einer Stellungnahme favorisiert und begründet wurde.

Im LKL gäbe es 1.200 Plätze für Menschen mit Behinderung, ebenso 10 Außenwohngruppen.

Das entsprechende Gesetz wurde massiv geändert, z.B. Bundesteilhabegesetz. Das habe Einfluss auf die Anforderungen, Standards und Wohnformen.

Mit dem Kommunalen Sozialverband sei die Bedarfsprognose abgestimmt. Zur Weitergabe als Info an den KT wird diese vom KSV abgefordert werden.

Ein nächster Beschluss zielte auf die Legitimation des Landrats, einer neuen Satzung des Tourismusverbandes Sächsisches Burgen- und Heide- und Heideland e.V. in dessen Mitgliederversammlung die Zustimmung zu erteilen.

Der Landrat führte dazu aus, dass sich die Zusammenarbeit, auch mit der Leipzig Tourismus und Marketing GmbH (LTM) sehr gut entwickelt habe, nach anfänglicher Skepsis, die Mitgliederzahlen steigen. Jedoch war dies in der Vergangenheit ein teils kompliziertes Konstrukt, teilweise nur „Hülle“ und Geldeinnahme über Einwohnerschlüssel.

Die Kommunen der regionalen Tourismusvereine (Leipziger Neuseenland, Sächsisches Burgenland, Sächsisches Heide- und Heideland) sollen nun zu ordentlichen, stimmberechtigten Mitgliedern im gemeinsamen Tourismusverband LEIPZIG REGION werden. Den Mitgliedskommunen wird damit eine direkte Einflussnahme auf die Tourismusarbeit der Gesamtregion ermöglicht. Die Stadt Leipzig werde auch Mitglied und habe sich auch „als positiver Motor“ erwiesen.

Für die Teilregionen wird jeweils eine Sparte eingerichtet. Die Sparte ist mit einem Vertreter (Spartenleiter) gesetztes Mitglied des Vorstandes. In den Sparten des Verbandes können weiterhin gebietsbezogene interkommunale Tourismusprojekte durchgeführt werden.

Damit die Umstrukturierung erfolgen kann und die Kommunen direkt Mitglied im Verband werden können, soll sich der Tourismusverband „Sächsisches Burgen- und Heide- und Heideland“ e.V. eine neue Satzung sowie eine neue Beitragsordnung für seine Mitglieder geben.

Durch Beschluss wurde die Legitimation des Landrates zum Vollzug bestätigt.

Der nächste TOP befasste sich mit dem Entwurf zum Teilschulnetzplan des Sächs. Ministeriums für Kultus betreffend Berufsbildende Schulen im Rahmen einer Anhörung.

Hier hat der LKL eine Stellungnahme abzugeben, die ein formales Einvernehmen herstellt.

Dazu hinterfragte B. Walther (AFD), ob der LKL ausreichende Kapazitäten an Lehrlingswohnheimplätzen vorweisen kann. Konkret ging es in der Frage um die Standorte Wurzen, Grimma und Böhlen.

Der Landrat erklärte, dass der LKL keine eigenen Wohnheime betreibe, es aber eine Kooperationsvereinbarung mit der Handwerkskammer gäbe, die bei Bedarf die Nutzung von deren Wohnheim in Borsdorf regelt.

Die Stellungnahme der Verwaltung erhielt durch den Kreistag die Zustimmung.

Im Weiteren wurden mehrere Anträge aus der Stadt Regis- Breitingen und aus Fraktionen beraten und abgestimmt.

Zunächst ging es um einen Antrag der Stadt Regis- Breitingen, in dem die Übernahme der Schulträgerschaft für die dortige Oberschule durch den Landkreis angestrebt wird.

Bürgermeister Jörg Zetsche gab dazu ein Statement ab und erläuterte das Anliegen.

Als Ausgangslage wurde dabei der erhebliche Sanierungsbedarf dargestellt, der sich aus der jahrelangen Vakanz des Schulstandortes mangels Schülerzahlen ergeben habe.

Der Antrag sei eine „Handreichung“, um die Fehler der letzten 20 Jahre „glattzuziehen. Das schaffe aber Regis- Breitingen nicht alleine.

Die Option eines Ersatzneubaus sei am Ende ohnehin die bessere Variante.

Maik Kunze (CDU) führte dazu aus, dass der Antrag durchaus nachvollziehbar sei, jedoch sei der Landkreis der falsche Adressat. Ein reiner „Verschiebebahnhof“ geht hier nicht, bei allem Verständnis.

Die Begründung der LK- Verwaltung, dass Regis- Breitingen dies finanziell eigentlich schaffen könne sei „unsinnig“. Eine neue Schule koste ca. 10 Mio.€, in Folge gehörten auch Betreuungsangebote dazu- und so weitere Kosten.

Schulhausbau sei eigentlich Aufgabe des Freistaates. Aber- die aktuell 60% Förderung seien auch nur „Makulatur“, da real am Ende nur 40% übrig blieben, weil gem. Förderrichtlinie vieles rausgestrichen werde.

Der Landrat bekundete ebenfalls Verständnis für das Anliegen. Es habe dazu auch viele Gespräche gegeben, aber der LKL als Träger löse das Problem nicht, sei keine Grundlage oder Möglichkeit, denn dann müsse es eine Vereinbarung der Stadt mit dem LKL geben. Dies hätte zur Folge, dass die Finanzierung dann aus dem Kreis- HH, also unter Verwendung auch der Kreisumlage erfolgen würde. Also würden quasi alle kreisangehörigen Kommunen die Schule in Regis- Breitingen gemeinsam finanzieren.

Die Abstimmung über den Antrag hatte mehrheitliche Zustimmung zum ablehnenden Beschlussentwurf der Verwaltung und somit dessen Ablehnung zur Folge.

Im Übrigen hat OBM M. Berger/ Grimma (UWV) dem Antrag seine Zustimmung erteilt.

Ein weiterer Antrag, hier aus der Fraktion GRÜNE, verfolgte das Ziel, die Jugendbeteiligung im LKL durch die Erstellung und Umsetzung eines entsprechenden Konzepts überall dort voranzutreiben, wo die Interessen junger Menschen berührt würden. Herr Penk (GRÜNE) erläuterte nochmals.

Frau Fritzsche (AFD) verwies darauf, dass dieser Antrag, bis auf das Wort „Jugendparlament“ mit einem alten Antrag identisch sei. Wenn dieses Recht bislang von jungen Menschen nicht wahrgenommen wurde sei dies ein deutlicher Hinweis darauf, dass es gar keinen Bedarf gäbe. Mögen die GRÜNEN doch selbst ein solches Konzept erstellen und vorlegen.

Der Landrat unterstützte den Antrag als Bereicherung. Wenn die Jugend wolle, dann solle man dies auch fördern und umsetzen.

Zuletzt wurde der Antrag der AFD zur Beratung aufgerufen. Dabe ging es um die rückwirkende Senkung der Kreisumlage auf konkret:

- für das Haushaltsjahr 2019 auf 33,69 v. H. und
- für das Haushaltsjahr 2020 auf 32,70 v. H.

Ziel sei eine Entlastung der Gemeinden.

Manfred Heinz (FDP) verwies auf die umfangreiche Stellungnahme der Verwaltung und stellte heraus:

1. Eine Konsequenz wäre, die AFD zieht den Antrag zurück- jedoch sei dies nicht erfolgt. Die Kreisumlage sei im Doppel- HH festgeschrieben. Änderungen seien nur bei Fehlern möglich. Rechtsbehelfe seien nicht gegeben.
2. Es fehle an einem Deckungsvorschlag als Grundsatz bei HH- Relevanz
3. Der Doppel- HH ist seit 31.12.2020 abgeschlossen, rückwirkende Änderungen seien nicht möglich. Die Konsequenz sei schließlich, dass es Rückzahlungen an die Gemeinden geben müsse.

Insgesamt sei der Antrag rechtswidrig und somit abzulehnen.

Einen Rat hatte M. Heins noch an die Adresse der AFD, gemäß einem Grundsatz aus einem Gesangsverein: „Vor dem Singen auf die Noten schauen!“

Damit bescheinigte KR M. Heinz Herrn Walther und seiner AFD mangelnde Sachkunde, die zu diesem „peinlichen“ Antrag geführt habe.

Solches sollte sich die AFD künftig selbst und auch dem Kreistag ersparen.

KR B. Walther versuchte zu erklären, indem er darauf verwies, dass der Antrag auf Oktober 2020 datiert sei, der Landrat diesen aber erst auf die TO der heutigen Sitzung gesetzt habe.

Dazu eine Anmerkung der Verfasserin: Gemäß Hauptsatzung sind Anträge (spätestens) auf die Tagesordnung der übernächsten Sitzung zur Behandlung zu nehmen.

KR S. Runkwitz rief in einem kurzen Statement ebenso dazu auf, diesen Antrag abzulehnen.

Der Landrat verwies abschließend nochmals auf den Grundsatz, bei haushaltsrelevanten Anträgen immer auch einen Deckungsvorschlag zu unterbreiten.

Im Übrigen sei der LKL stets bemüht, die Finanzkraft der Gemeinden zu beachten und diese nicht zu überfordern. Sonst wäre ohnehin der Kreisumlagesatz bereits heute erheblich höher.

Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von 58 Stimmen abgelehnt. 11 Kreisräte, alle selbstredend der AFD angehörig stimmten dafür bei einer Enthaltung.

Zuletzt gab es eine Anfrage von KR M. Kunze (CDU) betreffend Testzentren im LKL.

Wie , in welcher Form gäbe es Unterstützung für Gemeinden, die keine Testzentren haben und wo auch keine Apotheke oder Arztpraxis vor Ort sei?

Dazu führte der Landrat aus:

Anerkannte Dritte können diese einrichten und bei der Kassenärztlichen Vereinigung eigenständig abrechnen (ca. 5,00€ Test und 12,00€ Sachkosten je Testfall)

Den erforderlichen Sachkundenachweis kann man erwerben (Kurz- Kurs)

Infos dazu findet man auf der Homepage des LK Leipzig.

Ende der Sitzung: ca. 18:30 Uhr

Gabi Sporbert

GF der CDU/ FDP- KT- Fraktion im LKL